

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag. Preis pro Nummer 5 Mark.

Für den Inhalt verantwortlich: Paul Ziffermann. Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rote Straße 18 b II.

Anzeigengebühr für die sechsgespaltene Kolonnenzeile 5 Mark. Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Zur Reorganisation des Internationalen Metallarbeiterbundes

Ein Beweis des lebendigen Willens zur internationalen Zusammenarbeit ist die rasch vor sich gehende Reorganisation des internationalen Metallarbeiterbundes.

In Kopenhagen wurde als Sekretär provisorisch der Kollege Jig vom schweizerischen Metallarbeiter-Verband gewählt.

Table with 2 columns: Country and Membership Count. Includes entries for America (850000), Belgien (143938), Deutschland (1887935), etc.

Insgesamt mußert die Metallarbeiter-Internationale 3347188 Mitglieder. Verbindungen mit den Organisationen in Polen, Jugoslawien, Spanien, Portugal, Rumänien und Bulgarien wurden vom Sekretariat ebenfalls angeknüpft.

Über die wirtschaftlichen und politischen Kämpfe in den 10 Monaten wird eingehend berichtet. In der Schweiz, in Dänemark, der Tschechoslowakei, in Finnland, Ungarn und Rumänien mußten große Kämpfe, teilweise mit finanzieller Unterstützung der dem Bund angeschlossenen Organisationen durchgeführt werden.

Die Reorganisation des Bundes macht auch eine Änderung der Statuten notwendig. Der Sekretär, Kollege Jig, legt einen Entwurf vor, der gegenüber dem alten erhebliche Verbesserungen aufweist.

Obwohl durch diesen Vorschlag eine größere Summe als bisher (Kollege Jig rechnet mit 50000-52000 Schweizer Franken) zusammenkommen dürfte, erscheint uns die Höhe derselben nicht ausreichend für die in Aussicht stehenden Aufgaben des Bundes.

Wir möchten jedoch bei dieser Gelegenheit noch auf eine andere Aufgabe des Internationalen Metallarbeiterbundes hinweisen. Der Krieg hat tiefgehende Umwälzungen in der Struktur der Weltwirtschaft im Gefolge gehabt.

Wenn auch das letzte Friedensjahr 1918 noch sehr weit vom Freihandel entfernt war, so waren doch Tendenzen zur Milderung der Schutzollwirkungen unverkennbar. Die jetzt bestehenden Zölle sind in einzelnen Ländern haben den Bestrebungen nach erhöhten Schutzzöllen erheblich Vorstoß geleistet.

Seit zwei Jahren erschallt von den Landesgrenzen herüber und hinüber das Feldgeschrei von Dumping und Antidumping. Das Dumpingproblem ist für die Metallindustrie, als hierfür am meisten in Betracht kommend, von großer Wichtigkeit.

Wenn dieser Gedanke in seiner ganzen Ausdehnung heute noch mehr oder weniger als Zukunftsmusik bezeichnet werden kann, so sollte doch möglichst der Anfang gemacht werden mit einer genauen, periodischen zusammenfassenden Berichterstattung über die wirtschaftliche Lage der Metallindustrie in den einzelnen Ländern.

Art. 1. Der Internationale Metallarbeiter-Bund ist eine Vereinigung von Metallarbeiterorganisationen verschiedener Länder zu dem Zweck, die Solidarität und Zusammengehörigkeit der Metallarbeiter aller Länder zu fördern sowie durch Zusammenwirken auf internationalem Gebiete möglichst günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen herbeizuführen und die Arbeitererschaft für die Übernahme der Produktion vorzubereiten.

Art. 2. Dieser Zweck soll erreicht werden: 1. durch Austausch von Berichten, Veröffentlichungen und Beratungen über alle Vorgänge auf dem Gebiete der Arbeiterbewegung und ganz besonders über die Vorgänge, die speziell die Metallarbeiter betreffen.

Wenn die Arbeitererschaft aller Länder nach dem Entwurf des Statuts für die Übernahme der Produktion vorbereitet werden soll, dann gehört unseres Erachtens mehr dazu, als alle Vierteljahr einige Berichte herauszugeben, sondern dann müßte der Versuch gemacht werden, in dem von uns angedeuteten Sinne Einrichtungen zu schaffen.

In diesem Zusammenhange wollen wir die Frage unerörtert lassen, in welcher Form die Presse des Bundes, die Verbandsblätter, mehr als bisher mit Material versorgt werden müßten. Das gehört in den besprochenen Rahmen. Hoffentlich ist die Zeit nicht mehr fern, wo unsere Presse ohne Platzbeschränkung erscheinen kann.

Alles in allem: der diesjährige Kongress der Eisernen Internationale muß ein Markstein in der Geschichte werden. In Duzern sollen die Waffen geschleudert werden, die im internationalen Kampfe der Metallarbeiter notwendig sind.

Die Arbeitslosenfrage vor dem Reichstag

Von Rob. Dikmann.

Das Arbeitslosenproblem steht seit geraumer Zeit im Vordergrund des sozialen und wirtschaftlichen Lebens. Wir Gewerkschaften haben besondere Ursache, uns dieser hochbedeutenden Frage anzunehmen, sind es doch unsere Mitglieder, die die ganze Schwere der Wirtschaftskrise trifft, und zwar sowohl in der Arbeitslosigkeit selbst wie in den nachteiligen Folgen, die durch die Krise einwirkenden den Arbeitern im Lohn- und Arbeitsverhältnis erwachsen.

Die Wirtschaftskrise, die heute die Arbeiterschaft aufs schwerste drückt und für Millionen einen unenträglichsten Zustand geschaffen hat, setzte bereits vor Jahresfrist ein. Und noch ist keine Besserung zu verspüren. Im Gegenteil, die nächsten Zukunftsaussichten sind recht trübe.

Die Arbeitslosen sind ein Opfer kapitalistischer Wirtschaftsanarchie und indem die Kriegsfolgen die jetzige Lage im besonderen mit verschärft haben, sind sie gleichzeitig ein Opfer des Krieges. 4/5 Kriegsjahre wurden alle Mittel in den Dienst des Völkermordes gestellt, heute handelt es sich darum, die am bittersten leidende Menschheit nicht umkommen zu lassen, sondern sie am Leben zu erhalten.

Nach der Neuwahl zum deutschen Reichstag war für Kollege Brandes wie für mich die erste Pflicht, für die Interessen der Arbeitslosen im Reichstag einzutreten. Darüber wurde bereits in Nr. 35 der Metallarbeiter-Zeitung vom 23. August 1920 berichtet. Dem damaligen Vorstoß im Parlament folgte die Beratung entsprechender Anträge im 5. Ausschuss des Reichstages und unserer Bemühungen ist es in erster Linie mit zu verdanken, wenn im Oktober vorigen Jahres eine Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung von 20 bis 30 Prozent erfolgte. Doch die Krise hielt an und mit ihr die Leuerung. Die Notlage der Arbeitslosen wurde größer.

Bei der Bewertung des jetzigen wirtschaftlichen Notzustandes muß im besonderen beachtet werden,

- A. daß die amtlichen Ziffern der Erwerbslosen (zurzeit 360 000) nur die Unterstützung Beziehenden erfasst, nicht aber die große Zahl Nichtbezugberechtigter, Ausgestoßener usw., B. daß die Erwerbsbeschränkten (Arbeiterinvaliden, Unfallverletzten, Kriegsbeschädigten usw.) an die Wohlfahrts-, Fürsorge-, Armen- und andere Ämter abgeschoben werden, mithin nicht unter die Erwerbslosenunterstützung fallen. Durch die unter A und B Genannten erhöht sich die Zahl der wirklich Erwerbslosen um mehr als das Doppelte, C. daß die Wirtschaftskrise eine anhaltende ist und ein wesentlicher Teil der Erwerbslosen seit langen Monaten auf dem Hilferufe liegt, wodurch Not und Verzweiflung dieser Armen um ein vielfaches gesteigert wird, D. daß ein Teil der Erwerbslosen, bevor gänzlich arbeitslos geworden, bereits eine monatelange Kurzarbeit durchlaufen mußte, E. daß zu der insgesamt eine runde Million Arbeitsloser noch verschiedene Millionen Kurzarbeiter kommen.

Die Arbeitslosen brauchen weitere Hilfe. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund stellte am 26. Februar dieses Jahres an die Reichsregierung seine bekannten Forderungen. Am 22. April dieses Jahres reichten die beiden sozialistischen Fraktionen (U.S.P. und S.P.D.) einen gleichlautenden Antrag im deutschen Reichstag ein. Über die Behandlung dieser Anträge im Reichsparlament ist folgendes festzuhalten (siehe auch Nr. 15, Jahrgang 2 der Betriebsräte-Zeitschrift):

Das Plenum des Reichstages hat sich in zweitägiger Verhandlung am 3. und 4. Mai mit unseren Anträgen beschäftigt und überwieß diese dann zur weiteren Verhandlung an den vollwirtschaftlichen Ausschuss des Parlaments. Dort haben wir versucht, dem Arbeitslosenproblem die Behandlung zu geben, die ihm zukommt. Wir haben die wirtschaftlichen Zusammenhänge des Arbeitslosenproblems in den Vordergrund gestellt und verlangt, daß von den einzelnen Ämtern der Regierung zunächst ein zusammenhängendes Bild unserer Wirtschaftslage gegeben werden müsse, um an der Hand dieser Übersicht zu ersehen, wo der Hebel angelegt werden muß, und gleichzeitig zu erkennen, wie groß die wirtschaftliche Notlage ist und daß ein zwingendes Gebot vorliegt, den von der Wirtschaftskrise Betroffenen (Erwerbslosen und Kurzarbeitern) in höherem Maße beizustehen wie jetzher. Folgender Antrag fand einstimmige Annahme:

Dikmann, Brandes, Brühl, Simon (Franken). Der Ausschuss wolle beschließen, die einzelnen Ministerien zu ersuchen, dem 5. Ausschuss Bericht zu erstatten über die gegenwärtige Lage

- 1. im Stein- und Braunkohlenbergbau, 2. im Eisenerzbergbau und der Großeisenindustrie, 3. im Kalibergbau, 4. in der verarbeitenden und Exportindustrie, 5. im Baugewerbe, 6. über die Rohstoffversorgung und die Absatzmöglichkeiten der verschiedenen deutschen Industriezweige, 7. über den Stand der Verhandlungen wegen der Beteiligung Deutschlands an dem Wiederaufbau in Nordfrankreich und Belgien und der damit in Aussicht stehenden Aufträge für die deutsche Industrie, 8. in der Landwirtschaft, der Düngemittelbeschaffung und Wiedermachung von Obstflächen.

Es vergingen Wochen, bis auf wiederholtes entschiedenes Drängen unsererseits die Berichterstattung der Regierung erfolgte. Wir beschränken uns heute darauf, festzustellen, daß das von uns in früheren Verhandlungen gezeichnete Bild durch die Berichte der Regierung bestätigt wurde. Die einzelnen Industriezweige werden nicht gleichmäßig von der Krise berührt. Die Eisen- und Metallindustrie ist mit am härtesten getroffen. Das läßt auch der Bericht des Wirtschaftsministeriums erkennen.

Der 5. Ausschuss des Reichstages setzte wiederum einen Untersuchungsausschuss zur Formulierung entsprechender Vorschläge ein. Wir haben uns dort wie nachher wieder im Gesamtausschuss bemüht, den Vorschlägen Inhalt und Wert zu geben. Nicht alles befreitigt und manches entspricht im Wortlaut unseren Forderungen nicht. Doch die Gesamtbasis der nunmehr vom Ausschuss zum Beschluss erhobenen Vorlage verdient unsere Beachtung. Wie sich die gemachten Vorschläge in der Praxis auswirken werden, hängt nicht zuletzt von dem nachhaltigen Druck und Einfluss ab, den die Arbeiterorganisationen und politischen Parteien auf Regierung, Parlament und Behörden ausüben.

Die Vorlage des 5. Ausschusses ist in 5 Abschnitte gegliedert:

- 1. Planmäßige Umsiedlung der Bevölkerung,
- 2. Arbeitsbeschaffung,
- 3. Arbeitsvermittlung,
- 4. allgemeine volkswirtschaftliche Maßnahmen,
- 5. bessere finanzielle Unterstützung der Erwerbslosen und Arbeiter.

Zwingend notwendig ist es, daß unsere Mitgleider eine eingehende Information über die Behandlung des Arbeitslosenproblems erhalten. Doch ich begnüge mich damit, von den Leitfäden des 5. Ausschusses die zwei ersten Absätze des ersten Abschnittes wiederzugeben, dann folgend das Kapitel Arbeitsbeschaffung und die Beschlüsse finanzieller Natur.

Die einleitenden Sätze des ersten Abschnittes, die meinem Antrag entsprechend formuliert wurden, lauten wie folgt:

Das Arbeitslosenproblem ist mit den Fragen der Wirtschaft aufs engste verbunden. Eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse trägt gleichzeitig zur Linderung der Not der Arbeitslosen bei und reduziert deren Zahl durch zunehmende Beschäftigung.

Erwerbslose, die keine Beschäftigung finden können, bedürfen einer finanziellen Unterstützung, die ihnen ein Existenzminimum sichert. Dabei besteht jedoch in erster Linie die zwingende Notwendigkeit, den Beschäftigungslosen Arbeit zu beschaffen.

Damit ist anerkannt, daß das Arbeitslosenproblem nicht von den Fragen der Wirtschaft getrennt werden kann. Den zweiten Absatz, speziell die in dieser Form erfolgte Hervorhebung eines Existenzminimums für Erwerbslose, verfolgten die Rechtsparteien im Ausschuss wieder zu Fall zu bringen. Doch das gelang ihnen nicht. Das zweite angenommene Kapitel lautet wörtlich:

Arbeitsbeschaffung.

- 1. Förderung des Baugewerbes in Stadt und Land durch:
  - a) Vaußbeihilfe,
  - b) Anregung der privaten Bauaktivität auf dem Wege steuerlicher Erleichterung und freier Verfügung über Neubauten,
  - c) Bekämpfung ungesund hoher Preise der Baustoffe,
  - d) mit den Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge die Ausbesserungsarbeiten an den Wohnhäusern zu fördern.
- 2. Schnellere Förderung des Baues von Kanälen, Talsperren sowie anderen Arbeiten, die einer Förderung des Verkehrs und der Wirtschaft dienen eventuell unter Verweisung von Mitteln aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge.
- 3. Neubau notwendiger Verkehrsstraßen und Wiederherstellung der vielfach sehr stark abgenutzten Landstraßen und Wege.
- 4. Beschleunigung der Wiederherstellungsarbeiten.
- 5. Sofortige Zwangsmaßnahme öffentlicher Arbeiten in weitemestem Umfange. In erster Linie sind die für die öffentlichen Verkehrs- betriebe erforderlichen Erneuerungsarbeiten ohne jeden Verzug in Auftrag zu geben. Die Mittel für weitere öffentliche Arbeiten sind sofortigen bereitzustellen.

Bei der Vergabe dieser Aufträge sind, unter Wahrung der Wirtschaftlichkeit, die von der größten Arbeitslosigkeit betroffenen Bezirke in erster Linie zu berücksichtigen. Den Unternehmen ist die Berücksichtigung aufzuerlegen, entsprechend der Größe des jeweiligen Auftrages Arbeitslose einzustellen, sofern dies mit dem wirtschaftlichen Zweck der Aufträge vereinbar ist.

Soweit die vorhandenen Betriebe einzelner Industriezweige nicht ausreichen, bestimmte Arten der verfügbaren Aufträge allein auszuführen, soll zunächst zum Zweck der Unterbringung der Arbeitslosen ein einschneidender Teil dieser Aufträge an geeignete andere Betriebe vergeben werden. Richtigfalls ist die Umstellung von Betrieben zur Herstellung dieser Arbeiten sofort zu veranlassen.

Bei allen Arbeitsaufträgen der öffentlichen Verwaltungen des Reiches, der Länder und der Gemeinden, die in der heutigen Zeit vergeben werden, ist der Unternehmensgewinn auf ein den Verhältnissen angemessenes Höchstmaß zu begrenzen. Dem Arbeiter sind aus Arbeitsunfertigkeiten zu vermeiden, die Lasten sicherzustellen.

Zur Wahrung bei der Regelung der Auftragsvergebung, soweit es sich um die in Ziffer 5 Absatz 2 bis 4 vorgesehenen Verpflichtungen handelt, sind Vertreter der Gewerkschaften und der Unternehmerverbände zuzuziehen.

Die Gemeinden werden ersucht, mit Unterstützung der Länder und der produktiven Erwerbslosenfürsorge des Reiches erhöhte Aufmerksamkeit auf die Arbeitsbeschaffung für Erwerbslose zu richten. Dabei ist insbesondere zu prüfen, ob nicht durch Bildung von Arbeitsgenossenschaften die Kriegs- und Hüllmaschinen Aufträge für Kleingewerbe übernehmbar werden, um sie in Betrieben oder Heimarbeit zu erledigen.

7. Heimliche Erwerbslose sind zur Übernahme von Hausarbeiten anzunehmen. Zu ihrer Ausübung können nach Bedarf Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge eingesetzt werden.

8. Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge sind in angemessener Weise auch die Mittel- und Kleinbetriebe heranzuziehen.

Arbeitsbeschaffung ist das Kernproblem. Demnach muß der Hauptnachdruck gelegt werden. Die unter dem Kapitel Arbeitsbeschaffung gemachten Vorschläge müssen sich entwickeln. In diesem Sinne werden wir tätig sein.

Unzweifelhaft bedarf es, um die so dringend notwendige Verbesserung finanzieller Unterstützung für Erwerbslose und Arbeiter wenigstens in bezüglicher, wenn auch unzureichender Höhe heranzuziehen. Am letzten Verhandlungstage erläuterte die Regierung im 5. Ausschuss ihre Bereitwilligkeit:

- 1. die Unterstützung für Erwerbslose um 20 bis 25 Prozent zu erhöhen,
- 2. in gleicher Höhe den Kurzarbeitern eine erhöhte Unterstützung zu gewähren.

Dem wurde zugestimmt. Die höhere Unterstützung tritt am 1. August dieses Jahres in Kraft. Die Form der Unterstützung für Kurzarbeiter ist komplizierter in ihrer Berechnung und nicht öffentlich bekannt. Wichtiger war es so, daß der Kurzarbeiter erst dann eine Unterstützung erhält, wenn 60 Prozent des Nettolohnes, den er bei voller Erwerbstätigkeit als Unterstützung erhält, und zwar in der Höhe des größeren dem Betrage seiner Erwerbslosenunterstützung und 60 Prozent des ihm bei Kurzarbeit verbleibenden Nettolohnes übersteigt.

Als Beispiel ein Mann mit Frau und zwei Kindern: Im Ortsteil A beträgt der Tagesverdienst für Erwerbslose 6 M, dazu für die Frau und die zwei Kinder je 4 M, zusammen also

täglich 22 M gleich 132 M pro Woche. Der Mann arbeitet nun bei 6 M Stundenlohn 24 Stunden oder drei Tage pro Woche und verdient mithin wöchentlich 144 M. 60 Prozent dieses Nettolohnes macht aus 86,40 M. Die volle Erwerbslosenunterstützung beträgt für den Betroffenen die Differenz 132 M, 60 Prozent des Nettolohnes als Kurzarbeiter 86,40 M, die Differenz also 45,60 M. Dieser Betrag wird ihm im vorliegenden Falle als Kurzarbeiterunterstützung ausbezahlt.

Nach dem vorliegenden Beschlüssen sollen ab 1. August nicht mehr 60, sondern 50 Prozent des dem Kurzarbeiter verbleibenden Nettolohnes der obigen Berechnung zugrunde gelegt werden. Bleiben wir bei obigem Beispiel, so würde also nach dem 1. August dieses Jahres der betreffende Kurzarbeiter bei 132 M Unterstützung (dieser Unterstützungsbetrag wird ja auch höher) und 50 Prozent seines Nettolohnes gleich 60 M, eine Unterstützung von 60 M erhalten.

Außerdem hat der Reichstag bereits vor Monatsfrist auf Antrag des 5. Ausschusses beschlossen, den über 26 Wochen Arbeitslosen eine einmalige Beihilfe im Wertbetrag bis 600 M zur Anschaffung von Schuhen und Kleidung zu gewähren, ferner die Ausgefuehrten weiter zu unterstützen und die lange Zeit Erwerbslosen bei der produktiven Erwerbslosenunterstützung (das heißt Beschäftigung und Lohn anstatt finanzielle Unterstützung) in erster Linie zu berücksichtigen. Die einmalige Beihilfe wird im Juli dieses Jahres ausbezahlt.

Interviuete wurden bei den Vorschlägen des 5. Ausschusses die Forderungen des A.D.B. berücksichtigt? Der Vergleich zeigt, daß die Forderungen 1 bis 5 des A.D.B. voll oder teilweise übernommen wurden, ebenso Forderung 8, Forderung 7 und 9 beschaffen sich mit einer besseren Unterstützung der Kurzarbeiter und Erwerbslosen und fand teilweise Berücksichtigung. Forderung 6 (Rückzahlung der Arbeitszeit, Schichtwechsel usw.) wurde seitens der Regierung zunächst anderen Körperschaften zur Begutachtung und Rücküberprüfung überwiesen. Inzwischen nahmen wir Kenntnis von den auf Forderung 6 bezugnehmenden Beschlüssen des vorläufigen Reichswirtschaftsrates. Dieselben entsprechen nicht unseren Forderungen. Das wundere mich nicht. Bei den Vorschlägen der Unterkommission des 5. Ausschusses war unter dem Kapitel Allgemeine volkswirtschaftliche Maßnahmen vorgezogen, daß

A. bei Streitigkeiten zwischen kartellierten Unternehmern und Arbeitnehmern (in der Regel der Warenpreis resp. den Profit angehend) diese Interessenten den Arbeitern den Lohnausfall zu ersetzen haben, wenn letztere dadurch arbeitslos werden;

B. daß die Regierung beauftragt wird, zu prüfen, wie durch Gesetz die Höhe und Gehälter der Abnehmer nach der mit Sicherheit zu erwartenden neuen Preisunterstützung eine der weiteren Preisunterstützung entsprechende Aufbesserung erfahren können.

Diese beiden für die Arbeiter höchst wichtigen Anträge wurden im 5. Ausschuss mit einer Stimmen Mehrheit abgelehnt, weil ... der Vertreter der A.D.B. wieder einmal (wir haben ihn oft tagelang nicht bei unseren Beratungen) im 5. Ausschuss fehlte. Dadurch kamen diese Anträge zu Fall. Doch bin ich sicher, daß ungeachtet solcher Tatsachen der ununterbrochene Sturm auf die "Arbeiterverräter", die "Kapitalmächte" und "Gewerkschaftsbürokraten" usw. von jener Seite fortgesetzt wird. Dort, wo es in den vorliegenden Wochen galt, sich mit aller Entschiedenheit für die Arbeitslosen einzusetzen, überließen sie die Arbeit anderen.

Uns aber soll weder das eine noch das andere verdrängen. Soweit unsere Kräfte reichen, wollen wir die Interessen der Arbeitslosen wie der gesamten Arbeiterklasse nach wie vor und überall vertreten, wo sich eine Möglichkeit bietet.

Der Reichstag hat inzwischen die Vorlage des 5. Ausschusses in der vorgeschlagenen Form verabschiedet. Neben der geschilderten Arbeit im Reichstag sind unsere Organisationsvertreter im gleichen Sinne und überall im Interesse der Arbeiterschaft tätig, wo es nur möglich ist. Wir weisen hin auf unsere Bemühungen um die Werkarbeiten, auf die Tätigkeit unserer Kollegen im Reichsverband für den Eisen- und Stahlbau sowie im Reichsverband für die Eisenbahndirektionen. Auf das unerlässliche Drängen unserer Kollegen ist es mit großem Eifer, daß in den letzten Tagen im Reichsverband des Reichsverkehrsministeriums 2 1/2 Millionen für den weiteren Neubau von Eisenbahnfahrzeugen und Bauausführungen eingestellt wurden, davon 1500 Millionen für Lokomotiven, Güter- und Personenzüge und 750 Millionen für Wohngelegenheiten, Wohnbauten usw. Das bringt weitere Arbeit, und zwar in erster Linie den Metallarbeitern. Nach den vorliegenden Berechnungen können durch die neuzugestellten 1500 Millionen Mark etwa 120 000 Arbeiter weitere 5 Monate beschäftigt werden.

Diese schließliche Darstellung des in den letzten Monaten Geschehenen, bei dem unsere Organisationsvertreter hervorragend mitwirkten, vergleicht man mit der hiesigen Seite und dem ewigen Geschimpfe, daß von den Gewerkschaften und deren Leitungen nichts für die Arbeitslosen geschehe. Wir sind uns wohl bewusst, daß Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrisis erst durch die Befestigung kapitalistischer Wirtschaftsanarchie und durch eine sozialistische Bedarfs- und Produktionswirtschaft ihr Ende finden können. Dies Ziel, dem wir unsere Kräfte widmen müssen, erreichen wir jedoch nicht durch einen Sturm auf Gewerkschaftsbürokraten und "Gewerkschaftsbüros", nicht durch planlose Nützlichkeit, "Besetzung der Betriebe" und ebensowenig die "Aufnahme voller Produktion" durch befristete oder unbefristete Generalstreiks usw., sondern durch planmäßige sozialistische Arbeit und durch eine geschlossenen selbständigen revolutionären Kampf der Arbeiterklasse. Des sozialistischen Ziel und der unablässige Kampf des Tages, beides soll unsere Arbeit leiten.

„Christliche“ Gepflogenheiten

Sam Streik in Wehrhar.

Mit allen demagogischen und verkehrsmäßigen Mitteln versucht der christliche Metallarbeiterverband den Wehrhar Streik für seine agitatorischen Zwecke mit Hilfe der Zentralpresse anzufacheln. In einem Artikel mit der Überschrift "60 000 M. Ruhigungsgelder" wird zunächst mit allen Verdrehungsformen versucht, den Streik als "großes und erfolglos" hingustellen. Man behauptet die armen Menschen, die so verprügelt wurden usw. Richtig, ein Unternehmerblatt hätte den Streik nicht schlimmer verurteilen können als diese Arbeiterzeitung. Ganz besonders hat es ihm die oben angeführte Entschädigung für die drei nicht wieder eingestellten Betriebsratsmitglieder angedeutet. Um diese Verleumdung ins wahre Licht zu setzen, beweisen wir folgendes zur Klarstellung:

Die Wehrhar Arbeiter hatten seit August 1920 keine Lohnaufbesserung erhalten. Jede Forderung wurde abgelehnt, so daß dieselben Anfangs Januar 1921 in den Streik traten und 11 Wochen kämpften. Doch der Streik in voller Höhe, Disziplin und mit Fähigkeit geführt wurde, beweist die Dauer desselben. Ein Vertreter des Arbeiterministeriums hätte zugestimmt, der Arbeiter einen Schiedspruch anzubieten, wenn die Arbeiter gestattet hätten. Das Arbeiterministerium, an dessen Spitze Herr Franke vom Zentrum steht, hob ihn jedoch wieder auf. Die Unternehmer, trotz des "Sieges", wollten zum mindesten die Beseitigung nach Belieben vornehmen und Hunderte von Arbeitern auf der Straße lassen. Dieses Verhalten, welches die Arbeiterklasse ablehnte, löste eine begründete Empörung unter denselben herbei. Die Schlichtungsbemühungen liefen so daß der Landrat die Vermittlung übernahm. Das Ergebnis war: sämtliche Streikende und Ausgespartete außer drei Betriebsratsmitgliedern werden wieder eingestellt. Jeder Versuch, auch diese einzustellen, scheiterte, so daß die Frage vorlag, sollen 11 000 Arbeiter wegen drei Kollegen weiterarbeiten? Dieses Opfer verlangte die drei nicht und verzichteten auf

Wiedereinstellung. Ganz selbstverständlich war es, daß darauf die Verhandlungskommission gemäß dem Betriebsrätegesetz eine Entschädigung für dieselben verlangte und pro Mann 20 000 M. erhielt, je nach mehr genommen hätte, wenn es möglich gewesen wäre. Die Kollegen bekommen am Orte und Umgebung keine Arbeit mehr, müssen wegziehen, so daß diese Summe sogar noch zu gering ist. Anstatt nun das Arbeitsministerium und die Wehrharer starkstimmigen Unternehmer zu verurteilen, die entsprechend der damaligen Leuerung kein Entgegenkommen zeigten, haupt man auf den eigenen Klassenfeinden herum. Hätte der Deutsche Metallarbeiter-Verband den Kampf wegen der drei Kollegen weitergeführt, trotzdem hätten es diese Leute verurteilt, daß man wegen drei Arbeitern weiterstreike und Tausende Arbeiter leiden lasse und auf das Betriebsrätegesetz verwiesen, das in solchen Fällen eine Entschädigung vorsieht. Es wären also keine Ruheigungsgelder, sondern Entschädigungen, die in hundert Fällen von Schlichtungsausschüssen solchen Entlassenen zugesprochen würden. Die Streikleitung hatte alle Veranlassung, so viel wie möglich zu erhalten und sollte sich dieselbe mit ein paar Pfennigen abspensten lassen und den Geldbeutel der Unternehmer schonen? Die ganze Verleumdung zielt eben darauf hinaus, sich bei den Unternehmern als getreue Helfer in Erinnerung zu bringen und andererseits ihre lichten Rechen zu füllen. Das erste wird ihnen gelingen, das letztere bezweifeln wir, denn die Arbeiter werden das arbeitereindliche Gebaren durchschauern und den Metallarbeiter-Verband mehr denn je stärken. Die Wehrharer Metallarbeiter sind stolz auf den Kampf und können den Jörn des christlichen Metallarbeiterverbandes vorstellen, dessen Widerstand daselbst nicht größer werden wird.

Die Arbeitsverhältnisse in der Metallindustrie Sowjetrußlands

Bericht an den Internationalen Metallarbeiterbund (Schluß.)

1. Militarisierung und Streiks.

Die außerordentlich schwierigen Wirtschaftsverhältnisse, die in den russischen Städten herrschen, bewegen den Industriearbeiter, seine Arbeit und die Fabrik zu verlassen und auf die Dörfer zurückzukehren, wo sie ihren Lebensunterhalt verdienen können.

Um die Lage zu retten und die Arbeiter in der Stadt zurückzuhalten, hat die Sowjetregierung zu Zwangsmitteln gegriffen, indem sie seit Anfang 1920 die russischen Industriern militarisirt hat. Zuerst wurden zwar nur die Eisenbahnen militarisirt, nach und nach aber auch die Kohlenminen, die Metallindustrien und schließlich auch die Holz-, Mühlen- und Zuckerindustrien.

Militarisierung bedeutet eine vollkommene und absolute Unterwerfung des Arbeiters unter die Arbeitsleitung. Die Militarisierung schließt eine Anzahl erster Maßnahmen in sich, auch Beschränkung des Urlaubs und eine Unterdrückung des Streiks.

Um darzulegen, in welchem Maße die Militarisierung in der Metallindustrie durchgeführt wird, zitieren wir einen Artikel, der in der 13. Ausgabe des Blattes "Metallist" im August 1920 erschienen ist und von einem bekannten kommunistischen Arbeiter herrührt: "Eine vollständige Unterordnung unter die Anweisungen des Direktors ist auf den Flörschen in Kuzbass eingeführt worden; weder Ermüdung noch Widerreden der Arbeiter sind erlaubt. Die vom Arbeitsausschuss erteilten Weisungen stimmen mit denjenigen der Oberleitung überein. Abwesenheit ohne Erlaubnis des Vorgesetzten bedeutet auf unfere Arbeitsplatz Verhaftung der Extrakationen. Weigerung, Abarbeit zu machen, bedeutet gleichfalls Verhaftung der Extrakationen. Auf fortgesetzte Weigerung erfolgt Arrest. Für zu spätes Erscheinen bei der Arbeit wird eine Buße verhängt in der Höhe eines Zwölftelwöchstes."

Die von den Bolschewisten in den russischen Betrieben eingeführte Verwaltungsreform wird von den Petrograder Arbeitern wie folgt beschrieben: "Es ist uns, als ob wir zur Zwangsarbeit verurteilt wären, wo es die Nahrung ausgenommen, vorwärtsmäßig vor sich gehen muß. Wir sind keine freien Männer mehr — wir sind Sklaven."

Daß die Bolschewisten wissen, was sie tun, geht aus vielen Verordnungen, Erlässen und Dokumenten hervor, die von ihnen veröffentlicht werden. In einem Vorkurs der Zeitung "Wiliagame" vom August 1920 lesen wir: "Zwischen dem Soldaten und Arbeiter soll kein Unterschied bestehen. Dieselbe ernste Disziplin, dieselbe absolute Unterwerfung muß eingeführt werden."

Und was sie sagen, tun sie auch. Weit entfernt davon, daß die Arbeiter solche Methoden günstig aufnehmen, im Gegenteil widersetzen sie ihnen und die Folge davon war, daß sich im Jahre 1920 eine Streikwelle über ganz Sowjetrußland ergab.

In Europa weiß man von diesen Streiks und den gegen sie angewandten Unterdrückungsmitteln wenig, da die bolschewistische Regierung, die alle Zeitungen und Zeitschriften kontrolliert, die Veröffentlichung bezüglcher Nachrichten verhindert. Doch aus amtlichen Dokumenten (Statistisches Zentralkomitee des Arbeitsministeriums) geht folgendes hervor:

- 1. Während der ersten sechs Monate des Jahres 1920:
  - 1. Streiks brachen aus in 77 Prozent der großen und mittleren Betriebe.
  - 2. In den nationalisierter Unternehmen wird in einem fortgesetzt und 90 Prozent der Streiks entfallen auf solche Fabriken und Betriebe.
  - 3. In einigen Betrieben fanden bloß 3 bis 4 Streiks während des ganzen Zeitraumes statt. („Chowod", „Gjesly", „Oboukowsky" usw.)
  - 4. Streik wurde am häufigsten in Petrograd, am wenigsten in Kasan.
  - 5. Zahl der Streiktage pro -Arbeiter: In Petrograd 2,5, in Kasan 1,5, in Sibirien 1,5 Streiktage.
  - 6. Die meisten Streiks hat die mechanische Industrie zu verzeichnen; die chemischen und die Textilindustrien weisen die wenigsten auf.

Es ist überflüssig, zu erwähnen, daß die Sowjetregierung die Streiks entschlossen unterdrückt, indem sie die Streikenden verhaftet, ihnen die Nahrungsrationen entzieht und sogar Erschießungen vornimmt.

Der Streik im April in den Pulstoffwerken ist beendet worden, indem eine Anzahl Streikende verhaftet wurde. Wir sind im unklaren über das Schicksal von 12 Verhafteten. Die außerordentliche Kommission verweigert jede Auskunft. Soviel wissen wir, daß sie erschossen worden sind. Es befauden sich unter ihnen: Wolhoff, J. Werschwin und andere." (Brief eines Arbeiters der Pulstoffwerke vom 8. Juni 1920.)

Im Bootschlössergang in Moskau befinden sich 132 Arbeiter der Brantswerke in Haft. Sie wurden verhaftet, weil sie am 1. März an einem Streik teilgenommen hatten, sind aber noch nicht verhaftet worden." (Mitteilung der Moskauer Gefängnisse durch die Bauern- und Arbeiterinspektion im Juni 1920.)

Zum Schluß halten wir es für angebracht, einen Auszug aus der "Moskauer Isewtschija" zu bringen, der von der fünften allrussischen Gewerkschaftskonferenz handelt, die am 4. November in Moskau eröffnet wurde. In dieser Konferenz führte Sinabjew, der Vorsitzende der Dritten Internationale, aus:

Die Frage der internationalen Organisierung der Gewerkschaften ist zum Schluß der internationalen Bewegung und der Weltrevolution geworden. Das sozialistische Büro der zweiten Internationale ist vollständig gescheitert, aber der Opportunismus lebt in der Gewerkschaftsinternationale wieder auf.

Außerdem ist die letzte Stöße der bürgerlichen Ordnung und wir müssen trachten, sie zu erlebigen. Große Arbeiterkreise kommen mit ihr in Verbindung. In Deutschland und in der ganzen Welt sind es nicht so sehr die Bürgerlichen und die Gutbesitzer oder ihre militärische Organisation, die sehr gefährlich sind, wohl aber die Gewerkschaftsbeamten. Mit ihrer Hilfe wird es dem Burekrium möglich sein, in der Geschichte noch für eine weitere Dekade fortzubestehen.

Wir glauben, unser Hauptkampf werde dem Burekrium gelten, aber es zeigt sich, daß das wirkliche Hindernis des Sieges der

Proletarierrevolution das ist, daß innerhalb der Arbeitergewerkschaften die entscheidenden Umstellungen herbeigeführt sind.

Widert auf Stolten. Als die Revolution dort im Gange war und stattdell keine einschneidenden Maßnahmen mehr anzunehmen wagte, ging er einfach die Gewerkschaften um Hilfe an.

Wir müssen das uns feindliche Lager einnehmen, nämlich die internationale Amsterdamer Gewerkschaftsorganisation.

Die für alle Länder geltende Frage lautet: Amsterdam oder Moskau? Bisher haben wir nur unser Banner gehißt; jetzt aber müssen wir einen Arbeitsplan entwerfen.

Wir müssen den gleichen Weg begehen, auf dem zum Beispiel die Syndikalistin einerschritten. Obgleich ihre Aktionen oft verwirrt ausfallen, so kämpfen sie doch mit uns im gleichen Lager.

Wir müssen uns darüber klar werden, wie wir uns an der internationalen Gewerkschaftskonferenz vom 1. Mai verhalten sollen. Wir dürfen nicht darauf bringen, daß die Konferenzteilnehmer die Diktatur des Proletariats, den Kommunismus und die Dritte Internationale anerkennen sollen.

Allein mir, die russischen Arbeiter, halten es für notwendig, Sowjeto gegenüber zu erklären, daß die Arbeiterklasse Rußlands, und besonders die Metallarbeiter, einen gegensätzlichen Standpunkt einnehmen. Das russische Proletariat hat lange zuvor sein Motto gewählt, indem es immer die Worte besagte: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“

Wir glauben, daß das russische Gewerkschaftswesen keine Kraft nur unter solchen Bedingungen erweisen kann, die die freie Willensführung, das Streben, die vollständige Unabhängigkeit und ein unbeschränktes Existieren gestattet.

Wir glauben, daß das russische Gewerkschaftswesen keine Kraft nur unter solchen Bedingungen erweisen kann, die die freie Willensführung, das Streben, die vollständige Unabhängigkeit und ein unbeschränktes Existieren gestattet.

Die Entwicklung eines Kommunisten

Im Westen Deutschlands macht sich als recht wilder Kommunist Wilhelm Düwelle bemerkbar, der sich auch wieder die Mitgliedschaft im D.M.B. in Düsseldorf zu erschließen wußte, aber von unserer Verwaltungstelle auf dem schnellsten Wege wieder ausgeschlossen wurde.

Als Düwelle noch bei Krupp beschäftigt war, war er zu seltsamen richtigen Namen an die Öffentlichkeit zu treten. In den Verhandlungen trat er immer als Kollege E. Wilms auf, mit dem Namen zeichnete er auch seine Artikel in der Metallarbeiter-Zeitung.

Wir erinnern auch an die patriotischen Kriegsberichte Düwells aus dem Osten. Als er von nichts werten konnte, ging er nach die Spaltung der sozialdemokratischen Partei zu der U.S.P. über. Über auch dort erreichte er mit seiner Konjunkturpolitik nichts, trotzdem er den Aberradikalismus mimte.

Wir erinnern auch an die patriotischen Kriegsberichte Düwells aus dem Osten. Als er von nichts werten konnte, ging er nach die Spaltung der sozialdemokratischen Partei zu der U.S.P. über. Über auch dort erreichte er mit seiner Konjunkturpolitik nichts, trotzdem er den Aberradikalismus mimte.

Die Arbeitslage in der Eisen-, Stahl- und Metallindustrie

In der Woche vom 26. Juni bis 3. Juli haben 708 Verwaltungen mit insgesamt 26545 Betrieben und 1957648 Arbeitern Berichte ein-geleitet. Das Ergebnis ist folgendes:

Table with columns for 'Berichte wöchentlich' and 'Berichte monatlich', and sub-columns for 'Betriebe' and 'Arbeiter' with absolute and percentage values.

Sowohl die stillgelegten als auch die Kurzarbeitsbetriebe und Arbeiter haben sich diese Woche wesentlich verringert, was ein weiteres erfreuliches Anzeichen der Zahl der Vollbeschäftigten beweist.

Die Gesamtzahl der erfassten Arbeiter und die Arbeitslage in der Berichtswache in den einzelnen Bezirken geht aus folgender Aufstellung hervor:

Main table showing employment statistics by region (e.g., Königsberg, Stettin, Breslau, etc.) with columns for 'Wollbeschäftigt' and 'Stillgelegt'.

Die Zahl der beobachteten Orte ist ganz erheblich größer als die Angaben in dieser Spalte. Der Wirkungsbereich dieser Verwaltungen erstreckt sich auf mehrere Orte, ein Teil der Verwaltungen erstreckt ganze Industriegebiete.

Im Vergleich zur Vorwoche ist eine bemerkenswerte Abnahme der Kurzarbeiter in den Bezirken Breslau, Dresden, Essen und Hagen zu verzeichnen. Eine Verminderung der stillgelegten Betriebe hat in den Bezirken Hagen und Stuttgart stattgefunden.

Summary table for 'in der Berichtswache' and 'in der Vorwoche' with columns for 'Betriebe' and 'Arbeiter'.

Von den gestifteten 1539767 Verbandsmitgliedern waren 46138 arbeitslos, 129957 Kurzarbeiter. Davon in Berlin arbeitslos 15755, Kurzarbeiter 3843.

Der Bund Deutscher Eisenbahn-Gewerker

vollzieht am 15. Aug. d.S. seinen Übertritt zum D.M.B.

Vor 9 Jahren trat der Bund Deutscher Eisenbahn-Gewerker ins Leben. Damals lebten alle in Staatsdiensten beschäftigten Arbeiter und Angestellten noch unter dem schwersten Druck. So auch die Eisenbahnwerktätigen.

Mitteilungen des Vorstandes

Mit Sonntag den 24. Juli ist der 31. Wochenbeitrag für die Zeit vom 24. bis 30. Juli 1921 fällig.

Aufforderung zur Rechtfertigung: Die nachfolgend genannten Mitglieder werden nach § 23 Abs. 3 des Statuts aufgefordert, sich gegen erhobene Beschuldigungen zu rechtfertigen.

Auf Antrag der Verwaltungstelle Hagen: Der Dreher Eduard Wetelam, geb. am 18. Juni 1900 in Hagen, Mitgliedsbuch Nr. 4,268.152.

Auf Antrag der Verwaltungstelle Kassel: Der Schlosser Heinrich Fedt, geb. am 1. Juli 1889 in Schönlheim, Mitgliedsbuch Nr. 2,384.421.

Auf Antrag der Verwaltungstelle Ludwigschafen: Der Metallarbeiter Max Heller, geb. am 5. Juni 1889 in Mundenheim, Mitgliedsbuch Nr. 4,188.898.

Mitgliedsgeschlossen werden nach § 22 des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungstelle Berlin: Der Schlosser Rudolf Herzog, geb. am 31. Oktober 1888 in Sieghöl, Mitgliedsbuch Nr. 2,794.021.

Auf Antrag der Verwaltungstelle Friedrichshafen: Der Maschinenformer Hans Bühler, geb. am 27. Februar 1885 in Plümmern, Mitgliedsbuch Nr. 8,949.214.

Annahmestrich: Auf Antrag der Verwaltungstelle Limbach: Die Mitgliedschaft des Kupferschmieds Rudolf Zepfer.

Die Mitgliedschaft des Kupferschmieds Rudolf Zepfer, geb. am 16. September 1887 in Limbach, Mitgliedschaftsausweis Nr. 804.169.

Nicht wieder aufnahmefähig werden erklärt: Auf Antrag der Verwaltungstelle Berlin: Die Arbeiterin Gertrud Schmidt.

Die Arbeiterin Gertrud Schmidt, geb. am 30. September 1901 in Bries, Mitgliedschaftsausweis Nr. 299.185.

Die Arbeiterin Edith Schmidt, geb. am 17. November 1908 in Bries, Mitgliedschaftsausweis Nr. 253.899.

Auszug

Über eingekaufte Gelder im Monat Juni 1921.

Long list of names and amounts: Von Aachen 562,60 M. Ahlen 12.000. Althorn 5500. Althorn 25.000. Altmann 45.000. Altmann 35.000.

